



Interpellation

Kongruente Auslegung der ausserpolitischen Ziele des Bundes

Die Politische Direktion des EDA hat Ende Juni 2019 gegenüber den Pilatus Flugzeugwerke AG ein Verbot für Unterstützungsdienstleistungen in Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten ausgesprochen. Sie begründet diesen Entscheid damit, dass diese Dienstleistungen gegen Art. 1 lit. b) BPS verstossen, weil sie nicht mit den ausserpolitischen Zielen des Bundes vereinbar seien.

Wartung und Schulung von technologisch und qualitativ hochstehenden Produkten sind mit deren Verkauf eng verbunden und vertraglich vereinbart. Es darf nicht sein, dass der Bund den Export von Gütern bewilligt und gleichzeitig durch eine Sektion des EDA betriebsnotwendige Servicedienstleistungen vor Ort untersagt werden, welche die Folge des legalen Güterexportes darstellen. Auch Exportunternehmen haben Anspruch auf Rechtssicherheit.

Vor allem darf es nicht sein, dass in der Bundesverwaltung in dieser Frage kein kohärentes rechtliches Verständnis besteht und dass die Gerichte nun über die Auslegung der ausserpolitischen Ziele der Schweiz (Zweckartikel Art. 1 lit. b) BPS) urteilen müssen.

Dem Bundesrat werden daher die folgenden Fragen unterbreitet:

- 1. Weshalb wird die Praxis des Bundesrates zu den ausserpolitischen Zielen der Schweiz innerhalb des Bundes nicht einheitlich angewendet?**
- 2. Weshalb werden die ausserpolitischen Ziele der Schweiz betreffend Dienstleistungen unter dem BPS anders bewertet als die ausserpolitischen Ziele, welche beim Export eines Produktes zugrunde gelegt werden?**
- 3. Wie will der Bundesrat sicherstellen, dass seine Vorgaben in den verschiedenen Departementen und Ämtern nicht dermassen ungleich interpretiert werden?**
- 4. Ist der Bundesrat gewillt, die Entscheidungskompetenz so zu ändern, dass Entscheide von solch gesamtwirtschaftlicher Tragweite nur vom Bundesrat und nicht von einer Amtsstelle des EDA gefällt werden kann?**
- 5. Ist der Bundesrat auch der Meinung, dass es angezeigt wäre, ein und dasselbe Geschäft nicht durch unterschiedliche Departemente beurteilen zu lassen?**
- 6. Wie beabsichtigt der Bundesrat, für die betroffene Wirtschaft ohne Verzug die notwendige Rechtssicherheit zu schaffen?**